

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **RM. 2,50.**

Inhalt:

	Seite	Seite
Nachrichtsbericht der Generalkommission für das Jahr 1909 nebst Kasienbericht und Bericht des Arbeiterinnensekretariats	189	Jahresbericht der Unterstützungsgesellschaft der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten für das Jahr 1909
Jahresbericht des Central-Arbeitersekretariats für das Jahr 1909	198	Wirtschaftliche Rundschau
		Gewerbegerichtliches. Wahlen in Dresden
		Hierzu: Literatur-Beilage Nr. 3.

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1909.

Für die Arbeiterklasse war die Arbeit, welche der Reichstag im letzten Jahre verrichtet hat, sehr wichtig. Nicht weil dieses Parlament Gesetze gemacht hatte, die geeignet wären, dem Wohle der Arbeiter zu dienen, sondern weil die beschlossenen Gesetze eine Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse zur Folge haben müssen. Die sogenannte Finanzreform brachte fast ausschließlich indirekte Steuern und wie im Deutschen Reiche nicht anders üblich, solche auf notwendige Gebrauchsartikel oder auf Genussmittel, deren Preiserhöhung einen Rückgang des Konjums und damit eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit herbeiführt. Hierdurch ist eine unmittelbare finanzielle Belastung der Gewerkschaften eingetreten, während andererseits die organisierte Arbeiterschaft erneute Anstrengungen machen muß, um durch den Lohnkampf einen Ausgleich zwischen der Erhöhung der Preise der Gebrauchsartikel und der Lohnhöhe herbeizuführen.

Hat so der Reichstag dafür in überreichem Maße gesorgt, daß die Arbeiterklasse belastet wird, so ist dagegen die Ausbeute auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung äußerst kümmerlich. Nur ein Gesetz ist zustande gekommen, das einem Teil der Arbeiter einige Vorteile bringen kann, das Gesetz zum Schutze der Bauforderungen. Andere Gesetzesentwürfe, die der Arbeiterschaft hätten dienlich sein können, wie die Novelle zur Gewerbeordnung und das Gesetz betreffend die Hausarbeit in der Tabakindustrie sind durch den Schluß der Reichstagsession erledigt und aus den Kommissionsberatungen nicht hinausgekommen.

Auch das **Arbeitskammergesetz**, über dessen Beratung wir im vorjährigen Bericht Mitteilung machten, fand in dieser Weise seine Erledigung. Die mit der Beratung beauftragte Kommission hatte ihre Arbeiten vollständig erledigt und hätte der Gesetzesentwurf in wenigen Tagen vom Reichstage verabschiedet werden können. War das Gesetz nach den Kommissionsbeschlüssen auch nicht so gestaltet, daß es die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hätte befriedigen können, so konnte doch immerhin ein Versuch mit ihm gemacht werden. Die Regierungsvertreter hielten das Gesetz für die Ver-

bündeten Regierungen deshalb für unannehmbar, weil von der Kommission beschlossen war, daß auch Gewerkschaftsbeamte in die Arbeitskammern gewählt werden konnten. Vielleicht legte die Regierung auch aus diesem Grunde auf die endgiltige Erledigung des Gesetzes keinen Wert. Nun hätte man voraussetzen können, daß die Regierung diesem Reichstag nicht aufs Neue einen Gesetzesentwurf über Arbeitskammern vorlegen würde, denn sie konnte doch keine anderen Beschlüsse erwarten, als sie von der Kommission im Vorjahre gefaßt worden sind. Trotzdem ging dem Reichstag Anfang 1910 das Arbeitskammergesetz wieder zu. Von den Änderungen, welche die Kommission an dem ersten Entwurf gemacht hatte, übernahm die Regierung nur diejenigen, die als eine Verschlechterung des Gesetzes anzusehen sind. Die von der Kommission beschlossenen Verbesserungen bleiben unberücksichtigt. Nun kann das Spiel von vorne beginnen. Der Vorgang zeigt, welche Beachtung die verbündeten Regierungen dem Reichstage schenken.

Ein anderes, für die Arbeiterschaft bedeutungsvolles Gesetz, die **Reichsversicherungsordnung**, ging bei dem Reichstage Ende März 1910 ein. Die Diskussion über den Gesetzesentwurf wurde jedoch schon während des Jahres 1909 geführt. Die Regierung hatte den im Reichsamt des Innern ausgearbeiteten Gesetzesentwurf veröffentlicht, als er dem Bundesrat zur Beratung vorgelegt wurde. Auf Anregung seitens der Generalkommission beschäftigten sich alle Generalversammlungen der gewerkschaftlichen Centralverbände, die im Jahre 1909 stattfanden, mit dem Gesetzesentwurf und soweit erforderlich, übernahmen die Vertreter der Generalkommission auf diesen Tagungen das Referat über dieses Thema. Die von den Generalversammlungen gefaßten Beschlüsse wurden dem Reichsamt des Innern übermittelt und auch die Vorstände der Verbände, die im Vorjahre keine Generalversammlung hatten, übermittelten dem Reichsamt des Innern ein von ihnen verfaßtes Gutachten über den Gesetzesentwurf. Von den Krankenkassen aller Art wurde ein allgemeiner Krankenkassentag veranstaltet, der eimütig eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen

züglich der Illustrationen im letzten Jahre wesentlich verbessert worden. Die Auflage ist erfreulicherweise so gewachsen, daß das Blatt sich aus der Einnahme an Abonnementsgeldern erhalten kann.

Auch die Organisationen der Hausangestellten und der Landarbeiter, über deren Gründung wir im vorigen Jahre berichteten, haben erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Organisation der Landarbeiter hat in unerwarteter Weise bei der Landarbeiterschaft Eingang gefunden.

Das Tätigkeitsgebiet der Generalkommission ist im letzten Jahre durch die Errichtung einer **Sozialpolitischen Abteilung** erweitert worden. Aufgabe dieser ist, die Materialien für den Arbeiterschutz zu sammeln und die Propaganda für die Beseitigung sozialer Mißstände zu betreiben. Es ist auf diesem Gebiete seitens der Gewerkschaften seit Jahren bereits gearbeitet worden, doch entbehrte die Arbeit der Einheitlichkeit. Die Kommission für Bauarbeiterschutz, wie andererseits die Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges bei dem Arbeitgeber haben mit großem Eifer und Erfolg gearbeitet. Der Kampf gegen die Schäden der Hausindustrie und der Heimarbeit wurde seitens der Generalkommission in Gemeinschaft mit den Vorständen der beteiligten Organisationen geführt.

Schließlich aber erstreckte sich diese Tätigkeit der verschiedenen Kommissionen doch auf dasselbe Gebiet und die Uebernahme dieser Arbeiten von einer Centralstelle erschien zweckmäßig. Dann aber war zu konstatieren, daß eine Sammlung von Materialien, die geeignet sind, die Notwendigkeit eines erweiterten gesetzlichen Arbeiterschutzes zu erweisen, an keiner Stelle vorhanden war. Die Notwendigkeit, eine solche Sammelstelle zu schaffen, hat sich in den letzten Jahren wiederholt gezeigt. Aus diesen Gründen kam die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände, die im März 1909 tagte, zu dem Beschluß, bei der Generalkommission eine sozialpolitische Abteilung zu errichten. Diese soll einerseits die Arbeiten fortführen, welche die genannten besonderen Kommissionen begonnen haben, andererseits alle Materialien, für die Sozialgesetzgebung sammeln und so geordnet zur Verfügung halten, daß sie jederzeit bei Beratung einer Gesetzesvorlage in den Parlamenten oder zur Begründung der seitens der Vertreter der Arbeiterschaft zu stellenden Anträge Verwendung finden können. Da diese Materialsammlung vornehmlich von den Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei benutzt werden wird, so hielt sich der Parteivorstand für verpflichtet, einen Teil der nicht unbedeutlichen Kosten dieser Einrichtung zu tragen. Selbstverständlich ist mit der Beteiligung an der Kostendeckung auch ein Mitbestimmungsrecht über die Einrichtung des Instituts im allgemeinen für den Parteivorstand verbunden. Die Verwaltung selbst liegt in den Händen der Generalkommission. Die Abteilung ist auch nicht ein selbständiges Unternehmen, sondern gleich wie das Centralarbeitssekretariat, das Arbeiterinnensekretariat und die Redaktion des „Correspondenzblattes“ nur ein Teil in dem Organisationsapparat der Generalkommission. Diese einzelnen Abteilungen haben die laufenden Arbeiten zu verrichten, jede über die Tagesarbeit hinausgehende Tätigkeit aber unterliegt der Prüfung und Entscheidung der Generalkommission. Die sozialpolitische Abteilung, die am 1. April 1910 ihre Tätigkeit beginnt, wird zunächst mit zwei Beamten, wovon der eine von der Bauarbeiterschutzkommission übertritt und einer Hilfsarbeiterin besetzt werden. Im Laufe des Jahres wird dann

ein dritter Beamter und eine weitere Hilfsarbeiterin angestellt werden müssen.

Die ständige **Ausstellung von Verbandsmaterialien**, über deren Einrichtung in einem besonderen Artikel des „Correspondenzblattes“ Mitteilung gemacht ist, konnte im Berichtsjahre fertiggestellt werden und steht den Interessenten zur Benutzung zur Verfügung.

Die Bestrebungen, **Gewerkschaftshäuser** zu errichten, sind im Berichtsjahre in gleich starkem Maße vorhanden gewesen, wie in den Vorjahren. Im Bericht für 1908 haben wir des näheren dargestellt, wie verfehlt es ist, ohne genügende finanzielle Sicherung mit dem Bau eines eigenen Hauses zu beginnen oder auch nur durch Grunderwerb eine Bindung und Verpflichtung herbeizuführen. Besonders wandten wir uns unter eingehender Begründung gegen die Versuche, durch Sammlungen, die über den Ort hinausgehend, veranstaltet werden, die Mittel zum Bau oder Kauf eines eigenen Hauses zu beschaffen. Trotzdem sind die Anforderungen an die Generalkommission, Gelder für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, nicht geringer geworden, als in den Vorjahren und wiederholt mußte die Kommission sich gegen die Veranstaltung der erwähnten Sammlungen wenden.

Es erwies sich als notwendig, die Frage der Errichtung und Verwaltung von Gewerkschaftshäusern einmal im Kreise sachverständiger Genossen zu erörtern. Die Generalkommission berief zu diesem Zwecke eine Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftshäuser, die am 29. und 30. Juni 1909 in Berlin tagte. Die Konferenz stellte nach erschöpfender Aussprache eine Reihe von Grundsätzen auf bezüglich der Errichtung und Verwaltung der Gewerkschaftshäuser und der Arbeitsverhältnisse der in diesen Angestellten. Es wurde ferner beschlossen, eine Centralstelle einzusetzen, an welcher die für die Sache wichtigsten Materialien zu sammeln sind und Rat bei der Errichtung und Verwaltung eines Gewerkschaftshauses eingeholt werden kann. Wenn möglich, soll die Centralstelle auch dahin wirken, daß eine möglichst einheitliche Buchführung in allen Gewerkschaftshäusern durchgeführt wird. Die Funktionen einer solchen Centralstelle beschloß die Konferenz, der Generalkommission zu übertragen. Diese erklärte sich bereit, die Arbeit zu übernehmen.

Die im Jahre 1908 in Aussicht genommene Delegation von Arbeitervertretern nach England zwecks **Demonstration für den Frieden** ist bisher nicht zustande gekommen. Die Friedensgesellschaft, die im September 1908 eine Delegation nach Deutschland sandte, ließ zwar eine Einladung zu einer Gegendelegation an die Generalkommission ergehen. Diese wünschte aber, daß die Einladung auch von dem Centralcomité der Gewerkschaften und von der Arbeiterpartei Englands mitunterzeichnet werden sollte. Dem glaubte die Friedensgesellschaft nicht entsprechen zu können. Von einer Privatgesellschaft in England wurde dann eine Reise zahlreicher englischer Arbeitervertreter nach Deutschland arrangiert. Es bot sich zu der Zeit, als diese in Berlin anwesend waren, Gelegenheit zu einer klaren Aussprache über das gegenseitige Verhältnis zwischen den Arbeiterorganisationen Englands und Deutschlands. Der bei dieser Gelegenheit in Aussicht genommene Besuch deutscher Arbeitervertreter in England konnte mit Rücksicht auf die Wahlbewegung in England nicht ausgeführt werden. Ein solcher Besuch ist zwar geeignet, durch den persönlichen Verkehr eine leichtere Verständigung über etwaige Differenzpunkte herbeizuführen, ein besseres

machte und betonte, daß das vorgeschlagene Gesetz nicht einen Vorteil, sondern nur Nachteile für die Versicherten bringen könne. Zu diesem Kongreß hatte auch die Generalkommission eine Delegation entsandt, wie auch die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine dort vertreten waren. Diese Stellungnahme der Krankenkassen und der Gewerkschaften fand jedoch seitens des Bundesrats keine Beachtung. Der nunmehr dem Reichstag zugegangene Gesetzentwurf läßt die Wünsche dieser Organisationen nicht nur unberücksichtigt, sondern es scheint im Gegenteil, als hätte dem Bundesrate die Beschlußfassung dieser Versammlungen dazu gedient, in der Begründung der reaktionären Paragraphen gegen die organisierte Arbeiterschaft Stellung zu nehmen. Diese wird deshalb genötigt sein, eine erneute Kundgebung zu veranstalten. Die Versicherten dürfen nicht dazu schweigen, wenn der Versuch gemacht wird, die heutige schlechte Organisation der Versicherung noch ungünstiger zu gestalten.

Von Einfluß auf die Aktionsfähigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen ist auch der zuerst von der preußischen Regierung eingeführte **Legitimationstauenzwang** für ausländische Arbeiter. Dem Beispiele Preußens sind die Regierungen anderer Bundesstaaten bereits gefolgt, oder es besteht die Absicht, ihm zu folgen. Der Zwang, sich eine Legitimationskarte ausstellen zu lassen, wurde zunächst für die aus den östlichen Ländern Europas kommenden Arbeiter eingeführt, ist dann aber auf alle ausländischen Arbeiter ausgedehnt. Jeder dieser Arbeiter — wohlgemerkt für das ohne Arbeit genießende Publikum und für internationale Hochstapler gilt diese Bestimmung nicht — muß sich bei einem der zahlreich eingerichteten Grenzämter melden und erhält hier nach Prüfung seiner Papiere eine Legitimationskarte, für deren Ausfertigung er 2 bis 5 Mk. zahlen muß. Die Grenzämter sind von der Feldarbeiterzentrale, einer privaten Gesellschaft, deren Bestreben es ist, ausländische Arbeiter für die Landwirtschaft heranzuziehen, eingerichtet. Die zu entrichtenden Gebühren fließen in die Kasse dieser Vereinigung. Ist es an sich schon unerhört, einer Privatgesellschaft derartige amtliche Funktionen zu übertragen, so fällt ein derartiges Vorgehen in diesem Falle doppelt ins Gewicht, weil diese Feldarbeiterzentrale ihre Agenten ins Ausland schickt, um Arbeiter für Deutschland anzuwerben. Pro Kopf der Angeworbenen erhalten die Agenten eine bestimmte Summe. Wir haben es demnach hier mit einer Seelenverkäufergesellschaft zu tun, die amtliche Funktionen ausübt. Die unter Kontrolle gestellten ausländischen Arbeiter sind willenlos dem Unternehmer preisgegeben. Nur mit seiner Zustimmung können sie sich einem anderen Arbeitgeber verbinden. Beteiligung an einer Arbeitseinstellung ist für diese Arbeiter gleichbedeutend mit der Ausweisung aus Preußen. Ein Zustand, der schmachvoll für das Deutsche Reich ist.

Die Arbeitervertreter im Reichstage versuchten dann auch, diese Schmach zu beseitigen. Eine von ihnen vorgeschlagene Resolution, in der der Bundesrat ersucht wird, dem System Einhalt zu tun, wurde vom Reichstage angenommen. Bisher hat der Bundesrat jedoch zu dem Beschluß noch keine Stellung genommen. Die Generalkommission hat durch ihre Delegierten der Internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen das ganze Material über den Legitimationstauenzwang unterbreiten lassen. Die auf der Konferenz vertretenen Gewerkschaften ver-

pflichteten sich darauf hin, dafür zu wirken, daß die ausländischen Regierungen Schritte tun, um die Rechte der Staatsangehörigen ihrer Länder gegenüber dem Vorgehen der Regierungen einiger deutscher Bundesstaaten zu wahren.

Die von dem letzten Gewerkschaftskongreß angenommenen Vereinbarungen betreffend die **Mai-demonstration** wurden, wie wir im Bericht für 1908 mitteilten, von dem Parteitag in Nürnberg nicht angenommen. Dieser beauftragte den Parteivorstand, in erneute Verhandlungen mit der Generalkommission einzutreten. Diese führten dazu, daß in den neuen Vereinbarungen vorgesehen wurde, daß an Stelle der Lokalfonds für die Unterstützung Ausgesperrter für größere zusammenhängende Wirtschaftsgebiete Bezirksfonds errichtet werden können. Diese Vorschläge wurden von der Mehrheit der Verbandsvorstände gutgeheißen und von dem Parteitag in Leipzig angenommen. Damit dürfte diese Angelegenheit für die nächste Zeit ihre Erledigung gefunden haben. Die ausgiebige und zum Teil sehr erregte Diskussion in der Sache kann als abgeschlossen gelten. Es muß sich nunmehr aus der Praxis ergeben, ob mit der getroffenen Vereinbarung alle Differenzpunkte bezüglich der Entscheidung über die Arbeitsruhe am 1. Mai beseitigt sind und genügend Vorsorge für die Unterstützung Ausgesperrter getroffen ist.

Die **Centrale für die arbeitende Jugend**, über deren Einrichtung im letzten Berichte nähere Mitteilungen gemacht sind, kann von einer erfolgreichen Tätigkeit berichten. Es ist zwar versucht worden, das Vorgehen der Polizeibehörde gegen die Jugendorganisationen auch auf die Jugendausschüsse auszudehnen, doch hat dieses Experiment der Bewegung in den betreffenden Orten nicht geschadet, sondern im Gegenteil genützt. Es waren untaugliche Versuche am untauglichen Objekt, die erfahrungsgemäß denen zugute kommen, deren Tätigkeit durch Polizeimaßregeln unterdrückt oder doch behindert werden soll. Jugendausschüsse sind in allen größeren Orten eingerichtet worden. Sie sind in gleicher Weise zusammengesetzt, wie die Centralstelle, d. h. sie bestehen aus Vertretern der politischen Organisation, der Gewerkschaften und der Jugendlichen in gleicher Anzahl. Die Centralstelle hat diesen Ausschüssen alle Anweisungen und Materialien, die für ihre Tätigkeit erforderlich sind, übermittelt. Es sind detaillierte Aufstellungen für einzelne Vorträge und Vortragszyklen für die verschiedensten Wissensgebiete, sowie für künstlerische und gesellige Veranstaltungen ausgearbeitet worden. Ein Liederbuch für die arbeitende Jugend ist herausgegeben. Kataloge für Jugendbibliotheken sind in verschiedener Art unter Berücksichtigung der Größe der Orte und der zur Verfügung stehenden Mittel zusammengestellt. Anleitungen zur Errichtung von Jugendheimen wurden den Jugendausschüssen übermittelt. Nachdem die letzteren nun ein Jahr praktischer Tätigkeit hinter sich haben, konnte auch der Frage der Einberufung einer Konferenz von Vertretern der Jugendausschüsse näher getreten werden. Anträge, eine solche Konferenz zu veranstalten, wurden bei der Centralstelle schon kurz nach ihrer Einsetzung gestellt. Da es sich auf dieser Konferenz aber nicht um eine theoretische Erörterung der proletarischen Jugendzucht, sondern nur um einen Meinungsaustausch über die praktischen Erfahrungen handeln kann, so mußte die Einberufung so lange hinausgeschoben werden, bis diese Erfahrungen gesammelt waren. Das von der Centralstelle für die Arbeiterjugend herausgegebene Blatt ist inhaltlich und be-

den). Da in diesem Kursus schriftliche Übungen und die Anfertigung von Schriftsätzen notwendig ist, so durfte die Zahl der Teilnehmer nicht zu groß sein. Während zu den Gewerkschaftskursen bis zu 72 Teilnehmer zugelassen werden können, war für den Kursus für Arbeitersekretäre die Höchstzahl der Teilnehmer auf 30 bemessen. Es beteiligten sich an diesem Kursus 25 Sekretariate. Einzelnen mußte die Generalkommission einen Zuschuß gewähren, weil die Einnahmen der Sekretariate in der Regel nur so bemessen sind, daß die laufenden Ausgaben gedeckt werden. Außerdem hatten einige Sekretariate eine Ersatzkraft für ihren am Kursus teilnehmenden Sekretär zu stellen und zu besolden.

Bei den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen sind Änderungen bezüglich der Dauer nicht eingetreten. Auch die Art und die Zahl der Vorträge ist die gleiche geblieben. Die Kurse dauern 6 Wochen. Die Teilnehmerzahl war nicht bei allen Kursen gleichmäßig. Die meisten Meldungen lagen bisher bei dem im Herbst stattfindenden Kursus vor. Es konnten nicht alle Gemeldeten zugelassen werden.

Der erste Kursus, vom 25. Oktober bis 4. Dezember 1909, hatte 71 Teilnehmer; der zweite Kursus, vom 17. Januar bis 26. Februar 1910, 65, und der dritte Kursus, vom 30. März bis 11. Mai 1910, 62 Teilnehmer. Von den 198 Teilnehmern, welche diese drei Kurse besuchten, entsandten (in Parenthese ist die Zahl der Teilnehmer des Vorjahres angegeben):

Maurer 40 (49), Fabrikarbeiter 20 (6), Metallarbeiter 20 (48), Zimmerer 19 (12), Transportarbeiter 12 (22), Holzarbeiter 12 (12), Textilarbeiter 10 (13), Bauhilfsarbeiter 9 (9), Schneider 5 (14), Schuhmacher 5 (1), Bäcker 4 (7), Gemeindearbeiter 4 (8), Maler 4 (8), Brauereiarbeiter 3 (6), Buchbinder 3 (2), Schiffszimmerer 3 (0), Schmiede 3 (4), Stuckateure 3 (2). Je 2 Teilnehmer entsandten: Buchdrucker, Buchdruckereihilfsarbeiter, Maschinisten, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter. Je 1 Teilnehmer entsandten: Frieseure, Blumenarbeiter, Glaser, Sattler, Zigarrensortierer, Agitationskommission für Oberfranken, Agitationskommission für Bofen, Agitationskommission für Sauer- und Siegerland, Gewerkschaftsartell Hannover. Außerdem nahmen an allen Kursen sogenannte Hospitanten teil, d. h. in Berlin wohnende Gewerkschaftsmitglieder, die nur bestimmten, von ihnen gewählten Vortragszyklen beiwohnten. Um eine gleichmäßige Entschädigung für die Kurssteilnehmer herbeizuführen, ist beschlossen worden, vom Herbst 1910 ab die zu zahlenden Tagesdiäten aus der Kasse der Generalkommission zu verauslagern. Die verauslagten Beträge werden dann von den betreffenden Verbandsvorständen zurückerstattet. Der Betrag, der jedem Kurssteilnehmer zum Ankauf von Büchern zur Verfügung gestellt wird, ist vom Herbst 1910 ab von 30 auf 40 Mk. erhöht. Das Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur ist fortgeführt und wesentlich ergänzt worden. Es sind darin nicht nur Bücher verzeichnet, sondern es enthält alle Publikationen, einschließlich der Artikel in Zeitschriften, die über gewerkschaftliche Fragen erfolgt sind. Es ist somit nicht nur ein Bücherkatalog geblieben, sondern ein Wegweiser für das Studium gewerkschaftlicher Fragen geworden.

Statistik.

Neben den Statistiken, die bisher regelmäßig veranstaltet und deren Ergebnisse im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht worden sind, ist im Be-

richtsjahre auch ein Auszug aus den amtlichen Ergebnissen der Berufszählung gemacht und in einer statistischen Beilage des „Correspondenzblattes“ bekanntgegeben. Die hier mitgeteilten Zahlen werden aber die Unterlage für die Berechnung der Ziffer der organisationsfähigen Arbeiterchaft Deutschlands nicht geben. Diese wird erst nach einem spezialisierten Ausweis aus den Ergebnissen der Gewerbezahlung gewonnen werden können. Der betreffende Band der Berufs- und Gewerbezahlung ist jedoch bisher nicht erschienen.

An einigen von dem reichsstatistischen Amt aufgenommenen Statistiken, für welche die Gewerkschaften das Material liefern, sind im Einverständnis mit der von der Konferenz der Vorstandsvorteiler eingesetzten statistischen Kommission einige Änderungen vorgenommen. So liefern die Gewerkschaften dem statistischen Amt nicht mehr am Jahreschluß eine summarische Uebersicht über die Lohnsätze, sondern es wird über jeden Tarif einzeln auf einem besonderen Zählblatt berichtet. Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit in den Verbänden, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, soll nicht wie bisher vierteljährlich, sondern monatlich an das statistische Amt berichtet werden. Sodann wünscht das statistische Amt eine amtliche Statistik über die Tätigkeit der Arbeitersekretariate und der Rechtsauskunftsstellen aufzunehmen. Die Lieferung des betreffenden Materials ist seitens der Generalkommission zugesagt. Es ist bisher allen Wünschen des statistischen Amtes, nachdem eine Verständigung über die Art der betreffenden Erhebung und über die zu verwendenden Erhebungsformulare erfolgt war, Rechnung getragen. Den Gewerkschaften ist durch die Anforderungen des statistischen Amtes eine große Arbeitslast und nicht unbedeutende finanzielle Belastung entstanden. Da aber die von dem Amt geführten Statistiken für notwendig erachtet werden, so erfüllen die Gewerkschaften die übernommenen Verpflichtungen.

Durch ihre Anteilnahme in das statistische Amt in der Lage, Arbeiterstatistik zu betreiben und zuverlässige Resultate veröffentlichen zu können. Die amtliche Streikstatistik dagegen ist nach wie vor unzuverlässig und irreführend. Diese Tatsache ist im Reichstage bei der Beratung des Etats für das statistische Amt wiederum nachgewiesen worden. Der Herr, der gegenwärtig den Stuhl für den Staatssekretär des Innern auf der Bundesratsstrade im Reichstage besetzt hat, zog es vor, auf die Angriffe nicht zu antworten. Auch eine die Sache betreffende umfangreiche Eingabe des Bureaus für Sozialpolitik, in der es heißt: „Aus all diesen Gründen ist unsere amtliche Streikstatistik nicht nur lückenhaft, sondern auch unzuverlässig“ fand keine Beachtung bei ihm. Dagegen nahm der Reichstag zwei Resolutionen an, in welchen der Reichszangler ersucht wird, dafür zu sorgen, daß wir in Deutschland eine einwandfreie amtliche Streikstatistik erhalten. Ob der Reichszangler oder das Reichsamt des Innern nunmehr sich veranlaßt fühlen werden, den beschämenden Zustand zu beseitigen, ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht sicher.

Konferenzen.

Generalversammlungen, Kongresse.

Neben der schon erwähnten Konferenz von Vertretern der Gewerkschaftshäuser wurde seitens der Generalkommission für Dezember 1909 eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände einberufen. Diese hatte eine Anzahl schwebender ge-

Verhältnis, als es in den letzten Jahren zwischen den Gewerkschaften Englands und denen Deutschlands sich gestaltet hat, würde er aber kaum herbeiführen können. Durch das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen ist in letzter Zeit die **internationale Verbindung** der Gewerkschaften so ausgestaltet, als es nach dem gegenwärtigen Stand der gewerkschaftlichen Organisation in den einzelnen Ländern möglich ist. Im letzten Jahre ist es auch gelungen, die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten von Amerika dem internationalen Sekretariat anzuschließen. Für die Gewerkschaften Deutschlands ist eine Verbindung mit den amerikanischen Gewerkschaften von größter Bedeutung. Seit Jahren ist Klage darüber geführt, daß die letzteren den Gewerkschaftsmitgliedern, die aus Deutschland nach Amerika kommen, die Aufnahme verweigern oder durch Erhebung unverhältnismäßig hoher Eintrittsgelder und Nichtanrechnung der bisherigen Mitgliedschaft äußerst erschweren oder nahezu unmöglich machen. Dieser bedauerliche Zustand kann nur durch eine engere Verbindung der Gewerkschaften der beiden Länder beseitigt werden. Deswegen nahm die Generalkommission die Gelegenheit wahr, die sich durch die Delegation des Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes nach Europa bot, um diese Verbindung anzuknüpfen. Es wurde der Versuch gemacht, dem Delegaten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes einen möglichst genauen Einblick in das Wesen und den Umfang der Arbeiterbewegung in Deutschland zu verschaffen. Andererseits ist aber dem Vertreter seitens der Generalkommission diejenige Beachtung geschenkt, die ihm als dem Repräsentanten der größten Arbeitervereinigung der Welt gebührt. Da dieser Delegat aber nicht zur sozialdemokratischen Partei gehört, sondern vielsach als deren Gegner sich gezeigt hat, so entspann sich zwischen dem „Correspondenzblatt“ und mehreren Parteiorganen eine zum Teil recht scharfe Diskussion darüber, welche Stellung Compers gegenüber einzunehmen ist. Da die Gewerkschaften Deutschlands das Recht für sich in Anspruch nehmen, über ihre Taktik und über ihr Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei selbst zu entscheiden und sich hierin von den Gewerkschaften des Auslandes keine Vorschriften machen lassen, so müssen sie dieses Recht auch den Gewerkschaften aller Länder zugestehen. Deswegen konnte die Generalkommission ihr Verhalten gegenüber Compers nicht von dessen parteipolitischen Stellung abhängig machen, sondern nur von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten beeinflussen lassen. Sie hat hierbei die Zustimmung der Verbandsvorstände gefunden und der Anschluß der amerikanischen Gewerkschaften an das internationale Sekretariat hat erwiesen, daß ihr Vorgehen richtig war.

Wie zu dem **internationalen Kongress** in Stuttgart im Jahre 1907, so soll auch zu dem 1910 in Kopenhagen stattfindenden Kongress eine Gewerkschaftsdelegation in gleicher Stärke, wie die Delegation der Partei entsandt werden. Es ist vorgesehen, aus Deutschland je 100 Delegierte aus Gewerkschaftskreisen und aus der Partei nach Kopenhagen zu entsenden.

Agitation.

Die seitens der Generalkommission zu verrichtende oder zu leitende Agitationsarbeit vollzog sich in gleicher Weise wie in den Vorjahren. Neben der Tätigkeit der ständigen Agitationskommissionen in den Gebieten mit ungenügend entwickelter gewerkschaftlicher Organisation wird von der Centralstelle

der Gewerkschaften nur ausnahmsweise unmittelbar bei der Agitationsarbeit eingegriffen. Zwar bezieht sich der größte Teil der von der Generalkommission geführten Korrespondenz auf die gewerkschaftliche Agitation, doch handelt es sich hierbei in der Hauptsache um Lieferung von Material oder finanzieller Mittel. Besondere Vorkommnisse, die eine über ganz Deutschland sich erstreckende Agitation notwendig machten, waren im Berichtsjahre nicht zu verzeichnen. Es wurden, wie in den Vorjahren, einzelnen Orten oder auch für größere Bezirke seitens der Generalkommission Redner zur Verfügung gestellt. Unter anderem wurde auch ein der italienischen Sprache kundiger Agitator in den Wintermonaten in die Bezirke Italiens geschickt, aus welchen alljährlich der Hauptstrom der Arbeiter nach Deutschland kommt. Diese Art der Agitation, die auch in früheren Jahren bereits betrieben worden ist, hat sich als sehr zweckmäßig erwiesen.

Neu eingerichtet ist im Berichtsjahre in München eine Auskunfts- und Agitationsstelle für die aus Italien kommenden Ziegeleiarbeiter. Die Kosten für diese Einrichtung werden zu gleichen Teilen von dem Sekretariat in Udine, der Umanitaria in Mailand, dem Verbands der Fabrikarbeiter und der Generalkommission getragen.

Die Kosten für die Agitationsstelle in Martredwitz, die bisher von den Verbänden der Glasarbeiter, Porzellanarbeiter und Textilarbeiter getragen wurden, sind ganz von der Generalkommission übernommen worden. Neben den beiden vorgenannten Agitationsstellen sind ferner die in früheren Jahren eingesetzten Agitationskommissionen für Ostpreußen und den nördlichen Teil von Westpreußen, für Posen und den südlichen Teil Westpreußens, für Oberschlesien, für das Sauer- und Siegerland, für das Saargebiet, für Elsaß-Lothringen, für Rheinland-Westfalen, für Nordbavarn und für Schlesien tätig.

Mit Ausnahme der letztgenannten drei sieben diesen Kommissionen beforderte Beamte vor. In Oberschlesien und im Saargebiet sind Arbeitersekretariate eingerichtet, weil hier die Gewährung von Rechtshilfe sich als ein zweckmäßiges Agitationsmittel erwiesen hat.

Unterrichtskurse.

Gewerkschaftliche Kurse wurden für 1909/10 nur 3 veranstaltet, weil für 1909 zum ersten Male ein Kursus für Arbeitersekretäre eingerichtet worden ist. Es erwies sich als unpraktisch, diesen gleichzeitig mit einem gewerkschaftlichen Kursus stattfinden zu lassen, weil ein Teil der Vortragenden für den letzteren auch Vorträge in dem Kursus für Arbeitersekretäre zu halten hat. Außerdem hätte eine zweite Einrichtung für ein Unterrichtszimmer beschafft werden müssen. Aus diesen Gründen beschloß die Generalkommission es bei drei Gewerkschaftskursen bewenden zu lassen, obgleich die Zahl der gemeldeten Teilnehmer groß genug war, um wie in früheren Jahren vier Kurse befehen zu können. Der Kursus für Arbeitersekretäre dauerte vier Wochen, vom 20. September bis 19. Oktober 1909. Es wurden Vorträge gehalten über Arbeiterversicherung (24 Stunden), öffentliches Recht, Staatsbürgerrechte (20 Stunden), bürgerliches Recht (20 Stunden), Strafrecht und Strafprozeß (20 Stunden), Civilprozeß und das Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten (12 Stunden), Arbeiterschutz (16 Stunden) und Arbeitsvertrag (24 Stunden).

her den Centralverbänden angehörten, will wenig bedeuten; auch dürfte derselbe inzwischen nicht nur gänzlich behoben, sondern gegenwärtig bereits auch wieder überholt sein.

Die Einnahmen der Generalkommission, die in der Hauptsache auf der Mitgliederzahl der Verbände basieren, werden natürlich von dem Steigen und Fallen der Mitgliederzahlen beeinflusst. Für das Jahr 1909 kommen im wesentlichen die Mitgliederzahlen von 1908 in Betracht. Wenn trotz der geringeren Mitgliederzahl, die der Beitragsleistung der Verbände an die Generalkommission im Jahre 1909 zugrunde lagen, die Einnahmen gegen das Jahr vorher um 26 677,45 Mk. gestiegen sind, so ist das auf folgende Umstände zurückzuführen. An Beiträgen für den Verband der Land- und Forstarbeiter gingen ein 19 372,92 Mk., das „Correspondenzblatt“ hatte gegen das Vorjahr eine Mehreinnahme von 761,76 Mk., desgleichen „L'Operaio Italiano“ von 432,85 Mk. und „Oswiata“ eine solche von 193,55 Mk. An Zinsen wurden 2675,30 Mk. mehr erzielt. Auch die Beiträge der Verbände ergaben gegen das Jahr vorher noch ein Mehr von 1549,23 Mk. Es erklärt sich das daraus, daß einige Verbände, die mit ihren Beiträgen im Rückstande waren, diese im verflossenen Jahre nachgezahlt haben. Der Rest der Mehreinnahme von 1691,86 Mk. verteilt sich auf mehrere kleinere Posten. Wie in früheren Jahren sind auch diesmal wieder die Einnahmen und Ausgaben des Verlaages bei unseren Betrachtungen ausgeschaltet, weil die Generalkommission alle von ihr vertriebenen Bücher zu den Selbstkosten abgibt, einen Gewinn daraus nicht hat und deshalb die unter Verlag aufgeführten Beträge sich als Durchgangsposten darstellen.

Entgegen den Einnahmen, die sich nur um ein geringes erhöht haben, sind die Ausgaben recht beträchtlich gestiegen. Die Mehrausgaben gegen das Jahr vorher betragen 90 385,82 Mk. Davon entfallen auf Titel „Generalkommission“ Ziffer 1: 56 735,30, Ziffer 2: 4990,10, Ziffer 3: 139,47, Ziffer 4: 5447,10, Ziffer 5: 2009, Ziffer 6s: 5181,55, Ziffer 6p: 4500,90, Ziffer 7: 566,91; auf Titel „Correspondenzblatt“ 7699,49; auf Titel „L'Operaio Italiano“ 78,77; auf Titel „Central-Arbeitersekretariat“ 3656,67 Mk. Mit Ausnahme von Ziffer 9 „Generalkommission“ und „Oswiata“, die eine geringere Ausgabe gegen das Vorjahr von 391,35 bzw. 227,37 Mk. hatten, haben alle anderen Positionen erhöhte Ausgaben aufzuweisen. Mehr als 50 Proz. von den Mehrausgaben entfallen auf Ziffer 1 „Agitation“ und ergeben sich in der Hauptsache aus den Zuschüssen der neu ins Leben getretenen Organisationen der Hausangestellten, der Land- und Forstarbeiter und der Beihilfe zur Jugendbewegung. Die größere Ausgabe unter Ziffer 2 ist dadurch entstanden, daß im verflossenen Jahre zweimal Konferenzen von Vertretern der Central-

vorstände stattgefunden haben, und ferner eine solche für Land- und Forstarbeiter. Die unter Ziffer 4 „Druckfachen“ entstandene Mehrausgabe ist zurückzuführen auf die Anschaffung von Material in größeren Quantitäten zur Bearbeitung von Statistiken. Die Mehrausgabe unter Ziffer 5 ist die Folge der für das internationale Sekretariat beschlossenen Beitragserhöhung. Der Betrag, der für die Einrichtung der ständigen Ausstellung von gewerkschaftlichem Verwaltungsmaterial ausgegeben wurde, stellt unter Ziffer 6s in der Hauptsache die Mehrausgabe dar, während das Mehr unter Ziffer 6p sich aus der Beschäftigung von Hilfskräften ergibt. Seit dem Jahre 1908 sind dem „Correspondenzblatt“ die von der Generalkommission herausgegebenen Statistiken als Beilagen beigegeben, im verflossenen Jahre wurden sie recht bedeutend erweitert und daher die Mehrausgabe unter diesem Titel. Kennenswert sind nur noch die Mehrausgaben unter Titel „Central-Arbeitersekretariat“, die ebenfalls auf die Einstellung von Hilfskräften zurückzuführen sind.

Wie sich aus der Abrechnung ergibt, bleiben die Gesamtausgaben gegen die Gesamteinnahmen nur um rund 5200 Mk. zurück, und das trotz der im verflossenen Jahre erfolgten Nachzahlung von Beiträgen. Wäre dieses nicht geschehen, so hätte im verflossenen Jahre die Ausgabe die Einnahme um einige Tausend Mark überstiegen. Die Nachzahlung kommt aber als laufende Einnahme und deshalb auch für den diesjährigen Etat nicht in Betracht. Nun sind zwar Ausgaben in Höhe von 15 000 Mk. in der vorliegenden Abrechnung enthalten, die in diesem Jahre nicht wiederkehren werden. Dafür aber wird ab 1. April die von der Vorstandskonferenz beschlossene sozialpolitische Abteilung von der Generalkommission eingerichtet, zu deren Erhaltung mindestens der obige Betrag erforderlich sein wird.

In der Abrechnung unter „Streiks und Aussperrungen“ tritt besonders die Sammlung für den Großstreik in Schweden hervor. Mit Ausnahme der Sammlung für die Bergarbeiter im Jahre 1905 hat in Deutschland noch keine Sammlung einen solchen Betrag ergeben. Wie die Abrechnung zeigt, wurde nahezu der ganze Betrag von 1 300 000 Mk. an die gewerkschaftliche Landeszentrale in Schweden abgeführt, nur ein geringer Teil, der zumeist und zum Teil erst längere Zeit nach Beendigung des Kampfes in Schweden bei der Generalkommission einging, wurde zurückbehalten, und auch das erst, nachdem sich das Landessekretariat in Stockholm damit einverstanden erklärt hatte. Die deutsche Arbeiterschaft hat damit aufs neue ihre internationale Solidarität in großartiger Weise bekundet. Das wird auch besonders von den schwedischen Arbeitern rühmlichst anerkannt und sie haben mehr als einmal schon den deutschen Arbeitern für ihre Opferwilligkeit ihren tief empfundenen Dank ausgesprochen.

Jahresabrechnung 1909.

Einnahme:

a) Generalkommission:

1. Bestand am Schluß des Jahres 1908	433 465,46 Mk.
2. Beiträge der Gewerkschaften	272 335,79
3. Für Agitationskommission Marktredwitz	600,—
4. Für den Verband der Land- und Forstarbeiter	19 372,92
5. Verlag	27 332,66
6. Zinsen	7 935,70
7. Diverse Einnahmen	3 824,21
	<hr/>
	330 901,28

Transport . . 764 366,74 Mk.

wirtschaftlicher Fragen zu erledigen. Die an der Konferenz teilnehmenden Vertreter der Bauarbeiterorganisationen traten zu einer Spezialberatung zusammen, um zu der Durchführung des Gesetzes zum Schutze der Bauforderungen Stellung zu nehmen.

Zu der erwähnten internationalen Konferenz in Paris entsandte die Generalkommission zwei Delegierte. Auch zu dem schwedischen Gewerkschaftsfongress in Stockholm wurde auf besonderen Wunsch der Landeszentrale Schwedens eine Delegation entsandt. Ferner war die Kommission auf dem Krankentassenkongress vertreten und entsandte auch Vertreter zu den Generalversammlungen der Centralverbände in Deutschland, sofern eine solche Vertretung von den Organisationen gewünscht wurde. Solcher Versammlungen tagten im Berichtsjahre insgesamt 21, und zwar:

Bauhilfsarbeiter: 12. April in Köln.
Bergarbeiter: 16. Mai in Eisenach. Bildhauer: 31. Mai in Magdeburg. Gärtner: 12. August in Berlin. Gemeindearbeiter: 23. Mai in Dresden. Glasarbeiter: 30. Mai in Hannover. Glaser: 11. April in Nürnberg. Hotelbediener: 13. April in München. Kürschner: 19. April in Nürnberg. Lagerhalter: 9. Mai in Frankfurt a. M. Maler: 1. März in Köln. Metallarbeiter: 31. Mai in Hamburg. Portefeullier: 12. April in Köln. Sattler: 12. April in Köln. Schiffszimmerer: 16. Mai in Kiel. Schirmmacher: 30. Mai in Berlin. Seeleute: 23. Mai in Hamburg. Stuckateure: 12. April in Kassel. Tapezierer: 19. Juli in Berlin. Transportarbeiter: 7. Juni in München. Zimmerer: 19. April in Stuttgart.

„Correspondenzblatt“, „L'Operaio Italiano“, „Oswiata“, Broschüren.

Der Umfang des „Correspondenzblattes“ ist im Berichtsjahre insofern erweitert worden, als zu den bisherigen Beilagen die monatlich erscheinende Literaturbeilage hinzugekommen ist. Diese soll über die Neuerscheinung gewerkschaftlicher Literatur berichten und eine Besprechung der wichtigsten Bücher bringen. Die statistischen Beilagen sind durch die über die Ergebnisse der Berufszählung vermehrt worden. Die Adressenbeilage soll insofern für die Zukunft ausgestaltet werden, als auch die Adressen der Gewerkschaftshäuser und der Centralverkehrslokale der Gewerkschaften Aufnahme finden sollen. Die Auflage des Blattes betrug Ende 1909 26 200 Exemplare gegen 25 800 Ende 1908. Von einzelnen Nummern, so von denen mit statistischen Uebersichten wurde die Auflage um einige hundert Exemplare erhöht. Im Berichtsjahre erschienen 53 Nummern des Blattes. Da das Blatt in den letzten Jahren ständig an Umfang zugenommen hat, so stand der Abonnementspreis von 1,50 Mk. pro Quartal nicht mehr im Verhältnis zu den Herstellungskosten. Die Generalkommission sah sich daher genötigt, den Preis auf 2,50 Mk. zu erhöhen. Gleichzeitig wurde auch Vorsorge dafür getroffen, daß das Blatt durch den Buchhandel bezogen werden kann. Den Gewerkschaftsartikeln wird das Blatt bei größerem Bezug wie bisher gegen Erstattung der Postkosten (20 Pf. pro Exemplar) geliefert.

Die Redaktion des Blattes führte im Einverständnis mit der Generalkommission unter dem Titel „Sisyphusarbeit oder positive Erfolge“ eine umfangreiche Polemik über die Frage der Entwick-

lungsmöglichkeit der Gewerkschaften und des Einflusses, den diese auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft ausüben vermögen. Da die betreffenden Artikel wichtiges von den Centralvorständen geliefertes Material über die von einzelnen Organisationen herbeigeführte Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung enthielten, so beschloß die Kommission, sie als Broschüre zu einem billigen Preise herauszugeben. Die erste, nunmehr vergriffene Auflage wurde in 26 000 Exemplaren hergestellt.

Ferner wurde von der Generalkommission auf Wunsch des amerikanischen Sozialistenbundes ein „Matgeber für Auswanderer“ herausgegeben. Dieser enthält eine Schilderung der Arbeitsverhältnisse, der Lohnhöhe und der Preise für die erforderlichen Lebensbedürfnisse in den Vereinigten Staaten, sowie die Adressen der Arbeiterorganisationen. Die Broschüre soll vor unüberlegter Auswanderung warnen und diejenigen, die sich für die Auswanderung entschlossen haben, veranlassen, in der neuen Heimat sich sofort den Arbeiterorganisationen anzuschließen. Das Büchlein, zu dem das Manuskript von dem deutsch-amerikanischen Sozialistenbund geliefert worden ist, wird in den Hafenstädten und in den Auswanderungszentren Deutschlands und des Auslandes gratis verteilt. Bisher sind 15 000 Exemplare dieser Broschüre hergestellt. Eine weitere Broschüre „Die Arbeitervertretung in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung“, die in 15 000 Exemplaren gedruckt ist, enthält eine Schilderung der komplizierten Organisation der Institutionen der Versicherungsgesetzgebung. Ferner gibt sie Anleitung für die Vorbereitung der Wahlen der Arbeitervertreter in den verschiedenen, für die Durchführung der Versicherung eingesetzten Körperschaften.

Die Auflage der von der Generalkommission herausgegebenen fremdsprachigen Blätter ist im Berichtsjahre infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur zurückgegangen. „L'Operaio Italiano“ hatte im Jahresdurchschnitt 7782 Exemplare Auflage, gegen 10 444 im Jahre 1908, „Oswiata“ 5256 Exemplare, gegen 6084 im Vorjahre. Eine Aenderung in der Herstellung, der Erscheinungsweise und des Umfangs dieser Blätter ist nicht eingetreten. Das erstere Blatt erscheint in Hamburg, das letztere in Posen.

In den Bureaus der Generalkommission sind nennenswerte Veränderungen und ist ein Wechsel in den angestellten Personen nicht zu verzeichnen. Eine Hilfskraft, die schon längere Zeit im Bureau tätig war, ist mit festem Gehalt angestellt worden und an Stelle von zwei Beamten, die aus dem Centralarbeitersekretariat zur Sozialpolitischen Abteilung übertreten, haben Erfaskräfte gewählt werden müssen.

Der Gewerkschaftsausschuß hatte im Berichtsjahre 3, die Generalkommission 48 Sitzungen.

Berlin, 30. März 1910.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

E. Legien, Vorsitzender.

Kassenbericht.

Die von uns im Jahresbericht für 1908 ausgesprochene Vermutung, daß bei den freien Gewerkschaften durch die wirtschaftliche Krisis eine nennenswerte Einbuße an Mitgliedern nicht eintreten werde, hat inzwischen durch die Jahresstatistik ihre Bestätigung gefunden. Ein Verlust von 33 775 Mitgliedern im Jahre 1908 im Verhältnis zu den 1 865 503 Mitgliedern, die im Jahre vor-

	Transport	241 520,51	RM.
b) „Correspondenzblatt“:			
1. Redaktion:			
a) Gehälter	6 450,—		
b) Honorar für Mitarbeiter	5 037,29		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	72,—		
d) Bücher und Zeitungen	524,65		
e) Porto	23,57	12 107,51	
2. Druck und Papier		41 780,20	
3. Expedition		7 984,63	61 872,34 „
c) „L'Operaio Italiano“:			
1. Redaktion:			
a) Gehälter	2 700,—		
b) Honorar für Mitarbeiter	468,91		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	36,—		
d) Bücher und Zeitungen	243,18		
e) Porto	111,26		
f) Diverse Ausgaben	1 135,20	4 694,55	
2. Druck und Papier		9 598,65	
3. Expedition		1 576,60	15 864,80 „
d) „Oswiata“:			
1. Redaktion:			
a) Gehälter	2 700,—		
b) Honorar für Mitarbeiter	550,21		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	36,—		
d) Bücher und Zeitungen	156,49		
e) Schreibmaterial	21,63		
f) Miete, Licht, Heizung	302,81		
g) Porto	19,58		
h) Diverse Ausgaben	34,20	3 820,92	
2. Druck und Papier		5 786,50	
3. Expedition		1 470,55	11 077,97 „
e) Central-Arbeitersekretariat:			
1. Verwaltungskosten:			
sächliche:			
a) Schreibmaterial und Bureauutensilien	1 081,35		
b) Bücher und Zeitschriften	205,61		
c) Porto	909,76	2 196,72	
persönliche:			
a) Gehälter	17 273,33		
b) Hilfsarbeiter	360,33		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft und Invalidenversicherung	239,52		
d) Diverse Ausgaben	137,—	18 010,18	20 206,90 „
f) Vermögensbestand:			
a) Bank-Guthaben	264 910,38		
b) Effekten	42 823,50		
c) Debitoren	123 882,80		
d) Masse der Generalkommission	6 418,25		
e) „ des L'Operaio Italiano	623,64		
f) „ der Oswiata	36 57	438 695,14	„
	Zumma	789 237,66	RM.

Streiks und Aussperrungen 1909.**Einnahme:**

1. Bestand am Schluß des Jahres 1908	480,58	RM.
2. Verband der Glaser:		
a) Centralvorstände	10 050,—	„
3. Allgemeiner Ausstand in Schweden:		
a) Centralvorstände	324 304,59	
b) Ortsverwaltungen	39 135,13	
c) Gewerkschaftskartelle	864 123,88	
d) Parteiorganisationen	88 967,92	
e) Ausland	5 539,55	
f) Sonstige Sammlungen	3 890,07	1 325 961,14 „
4. Streiks und Aussperrungen (Allgemein)	520,—	„
	Zumma	1 337 011,72 RM.

b) „Correspondenzblatt“:		Transport	: .	764 866,74 Mf.
1. Gewerkschaftskartelle und Ortsverwaltungen				3 533,85
2. Abonnement				2 624,62
3. Einzelverkauf				252,12
				<u>6 410,59</u> „
c) „L'Operaio Italiano“:				
1. Beteiligte Gewerkschaften				10 942,59
2. Abonnement				112,20
				<u>11 054,79</u> „
d) „Oswiata“:				
1. Beteiligte Gewerkschaften				7 306,57
2. Abonnement				98,97
				<u>7 405,54</u> „
		Zumma		789 237,66 Mf.

Ausgabe:

a) Generalkommission:				
1. Agitation:				
a) Agitationskommission für Ost- und nördliches Westpreußen	7 000,—			
b) „ „ „ südliches Westpreußen und Posen	5 845,20			
c) „ „ „ Oberschlesien	9 500,—			
d) „ „ „ Schlesien	2 300,—			
e) „ „ „ Sauer- und Siegerland	6 100,—			
f) „ „ „ Rheinland und Westfalen	200,—			
g) „ „ „ das Saargebiet	600,—			
h) „ „ „ Elsaß-Lothringen	5 000,—			
i) „ „ „ Nord-Bayern	1 008,15			
k) „ „ „ Oberfranken	3 000,—			
l) Arbeitersekretariat Kattowitz (Oberschl.)	5 000,—			
m) „ „ St. Johann-Saarbrücken (Saargebiet)	3 600,—			
n) Centralkommission der Gewerbegerichtsbeisitzer	71,20			
o) Mietszuschüsse	876,95			
p) Prozeßkosten	1 143,30			
q) Verband der Hausangestellten	6 700,—			
r) „ „ Land- und Forstarbeiter	36 165,50			
s) Jugendorganisation	4 735,21			
t) Allgemeine Agitation	20 988,85	119 834,36		
2. Generalversammlungen und Konferenzen:				
a) Generalversammlungen, Delegationen	1 186,10			
b) Konferenzen der Centralvorstände	4 164,30			
c) Konferenz der Land- und Forstarbeiter	2 580,35			
d) Diverse Konferenzen	2 203,15	10 133,90		
3. Bücher und Zeitschriften:				
a) Bücher	612,58			
b) Zeitschriften	235,10			
c) Buchbinderarbeiten	100,90	948,58		
4. Drucksachen		11 241,50		
5. Beitrag an den internationalen Sekretär		3 009,—		
6. Verwaltung:				
sächliche:				
a) Miete, Licht, Heizung, Telephon	5 295,72			
b) Reinigung der Bureaus	1 756,30			
c) Schreibmaterial und Bureauutensilien	2 837,29			
d) Mobiliar	5 490,—			
e) Porto des Vorsitzend., Kassierers u. Arbeiterinnen-Sekretariat	2 110,82	17 490,13		
persönliche:				
a) Gehälter	20 146,65			
b) Hilfsarbeiter	1 764,75			
c) Sitzungs- und Revisionsentschädigung	712,50			
d) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft und Invalidenversicherung	244,80	22 868,70		
7. Unterrichtskurse:				
a) Schulutensilien	471,95			
b) Bücher und Zeitungen	95,80			
c) Drucksachen	89,35			
d) Miete, Licht, Heizung	1 064,60			
e) Porto	187,13			
f) Lehrer-Honorar	7 956,—			
g) Bücherlieferung für Kursusteilnehmer	2 412,11	12 276,94		
8. Verlag		43 672,50		
9. Diverse Ausgaben		44,90	241 520,51 Mf.	
			Transport	241 520,51 Mf.

Auskunftsstellen, 172 von den Vorständen oder Verwaltungsstellen der Gewerkschaftsorganisationen, 230 von den Klägern direkt und 114 durch Vermittlung von Gewerkschaftsmitgliedern, meist für unorganisierte Landarbeiter oder kleine selbständige Gewerbetreibende.

In welcher Weise die einzelnen Sekretariate, die Kartelle und Gewerkschaften an der Einfindung der Streitfachen beteiligt sind, ergibt folgende Tabelle:

Aachen	1	Uebertrag	901
Altenburg	4	Herford	3
Niessenburg	3	Hildesheim	19
Augsburg	9	Hof i. V.	3
Bant	2	Jena	4
Barmen	19	Nierlohn	2
Bayreuth	9	Karlsruhe	4
Bernburg	4	Kattowitz	27
Bielefeld	4	Kiel	11
Bochum	45	Königsberg	26
Brandenburg	7	Leipzig	18
Braunschweig	38	Ludenzwalde	5
Bremen	15	Lübeck	40
Bremerhaven	7	Lüdenscheid	5
Breslau	45	Ludwigshafen a. Rh.	2
Bromberg	2	Magdeburg	47
Burg	1	Mainz	12
Cassel	10	Mannheim	42
Castrop	23	Meißen	6
Chemnitz	19	Minden	12
Coburg	13	Mühlhausen i. G.	3
Cöln a. Rh.	62	München	74
Cottbus	18	Neumünster	1
Crefeld	29	Neuruppin	1
Darmstadt	3	Nordhausen	1
Deßau	9	Nürnberg	17
Dortmund	60	Oberhausen	24
Dresden	28	Offenbach a. M.	3
Dresden-Döhlen	1	Osnabrück	3
Düsseldorf	33	Pforzheim	2
Duisburg	8	Pirmasens	1
Eberfeld	10	Pirna	1
Erfurt	18	Plettenberg i. W.	6
Essen	31	Pöfen	11
Eßlingen a. N.	7	Recklinghausen	9
Forst i. L.	2	Remscheid	8
Frankfurt a. M.	78	Rostock	10
Freiburg	2	Rudolstadt	11
Friedberg i. H.	4	Siegen	3
Fürth	5	Solingen	12
Gelsenkirchen	42	St. Johann a. E.	27
Gera	28	Stettin	76
Gladbeck	18	Stuttgart	22
Gotha	3	Vegeack	6
Guben	4	Waldenburg i. Schl.	21
Halle a. E.	12	Wiesbaden	8
Hamburg	28	Würzburg	7
Hamm i. W.	20	Worms	18
Hamborn	10	Zeitz	1
Hanau	8	Gewerlich. -Stattelle	81
Hannover	32	Gewerkschaften	172
Harburg	9	Kläger	230
Heidelberg	3	Andere Personen	114
Transport	901	Summa	2170

Im Jahre 1903	gingen ein	633	Streitfachen
" " 1904	" "	968	"
" " 1905	" "	1098	"
" " 1906	" "	1197	"
" " 1907	" "	1352	"
" " 1908	" "	1774	"
" " 1909	" "	2170	"

Neben der Bearbeitung der 2170 Streitfachen aus dem Jahre 1909 waren an Rückständen aus dem Jahre 1908 535 Streitfachen, aus dem Jahre 1907 19 Streitfachen und aus dem Jahre 1906 eine Streitfache zu verzeichnen, so daß insgesamt 2725 Streitfachen zur Bearbeitung standen. Davon sind 1701 durch Urteil des Reichsversicherungsamts, der Schiedsgerichte oder der Oberschiedsrichter der preussischen Anapptschaftskassen erledigt, unerledigt blieben aus dem Jahre 1908: 9, aus dem Jahre 1909: 1023 Streitfachen. Von den 1701 erledigten Streitfachen betrafen 1522 Ansprüche auf Unfallrente, 153 Invalidenrentenansprüche und 20 Ansprüche auf Anapptschaftsrente.

Posteingänge.

Monat	Gesamtzahl	Briefe	Karten	Postanweisung	Pakete	Druckfachen
Januar	675	646	19	1	6	3
Februar	637	612	24	—	—	1
März	825	769	42	2	6	6
April	781	696	20	1	6	8
Mai	678	615	43	2	6	12
Juni	667	608	36	4	7	12
Juli	508	470	25	7	2	4
August	406	377	17	4	6	2
September	498	464	26	1	3	4
Oktober	552	514	34	2	2	—
November	630	605	19	—	6	—
Dezember	684	657	18	4	5	—
Summa	7491	7033	328	28	55	52
Vorjahr	6320	6049	189	29	40	13

Postausgänge.

Monat	Gesamtzahl	Briefe	Karten	Postanweisung	Pakete	Druckfachen
Januar	779	734	2	—	2	41
Februar	697	628	15	4	7	43
März	870	791	11	2	—	66
April	831	787	1	8	1	34
Mai	678	624	7	5	1	41
Juni	827	752	11	7	—	57
Juli	565	535	5	10	—	15
August	494	471	4	9	—	10
September	668	646	5	4	1	12
Oktober	584	562	3	2	—	17
November	694	655	6	1	—	32
Dezember	782	727	7	2	3	43
Summa	8469	7912	77	54	15	411
Vorjahr	7275	6844	82	28	3	318

Außer diesen Rentenstreitfachen nehmen die schriftlichen Auskunftserteilungen einen immer größeren Umfang an. Die Zahl dieser Auskünfte liegt von 698 im Jahre 1907, 887 im Jahre 1908 auf 903 im Jahre 1909; nicht in Anrechnung gebracht sind die mündlichen Auskünfte, die nicht gezählt werden. Die Auskünfte betreffen nicht nur Rentenansprüche, sondern auch andere Streitfragen und wurden meist von Personen erbeten, die, da an

Im Jahre 1908 betrug die Zahl uns überwiesener Streitfachen 1774, so daß im verflossenen Geschäftsjahr eine Zunahme von 396 zu verzeichnen ist. Seit Bestehen des Central-Arbeiterssekretariats ergaben sich folgende jährlichen Einfindungen:

Ausgabe:

1. Verband der Glaser	10 050,— Mf.
2. " " Isolierer	1 000,— "
3. Die gemäßigten Bergarbeiter in Mansfeld	4 050,— "
4. Verband der Lederarbeiter in Wilna	1 000,— "
5. Landessekretariat in Schweden	1 800 000,— "
6. Saldo	20 911,72 "

Summa . . . 1 337 011,72 Mf.

Berlin, den 31. Januar 1910.

Für die Richtigkeit: Hermann Kube, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:

Die Revisoren der Generalkommission:

Adolf Cohen. Gustav Sabath.

Die Revisoren des Ausschusses:

Gustav Eisler. Otto Hanke. Paula Thiede.

Bericht des Arbeiterinnensekretariats.

Auf Veranlassung des Sekretariats wurde eine allgemeine Agitation eingeleitet, um den Arbeiterinnen das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zu erringen. Ein zur Propagierung der Forderung herausgegebenes Flugblatt, das gleichzeitig zur Bekanntgabe der Versammlungen benutzt werden kann, ist in einer Auflage von 200 000 Exemplaren hergestellt und zum größten Teil bereits versandt worden. Das durch die Agitation gewonnene Material wird zu einer Petition an den Reichstag verarbeitet werden.

Da der Gewährung des Wahlrechts zu den Gewerbegerichten an die Arbeiterinnen in der Hauptsache der § 31 des Gerichtsverfassungsgesetzes im Wege steht, so ist auf Veranlassung des Arbeiterinnencomités vom Sekretariat unter Zustimmung der Vorstände der Centralverbände mit weiblichen Mitgliedern eine Petition auf Abänderung des § 31 des G.-V.-G. an den Reichstag gerichtet worden, die bei Beratung der Novelle zum G.-V.-G. mit verhandelt werden soll.

Um die Agitation unter den Arbeiterinnen wirksamer zu gestalten, wurden ferner unter Mitwirkung des Arbeiterinnencomités ein Serienflugblatt verfaßt, das den Kartellen und den Centralverbänden und deren Zweigvereinen unentgeltlich in beliebiger Anzahl zur Verfügung gestellt wird. Die Blätter, auf denen ebenfalls Raum zur Bekanntgabe von Adressen und Versammlungen vorhanden ist, sollen nacheinander zur Einberufung von Betriebs-, Branchen- oder allgemeinen Gewerkschaftsversammlungen verwendet werden. Die Flugblätter sind allgemein gehalten und deshalb für alle Berufe zu gebrauchen. Das erste spricht generell von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, das zweite von deren Leistungen, während das dritte die bereits erzielten Erfolge behandelt.

Die Nachfrage nach diesen Flugblättern ist groß. Bis jetzt sind von Nr. 1 400 000, von Nr. 2 300 000 und ebensoviel von Nr. 3 gedruckt worden, und noch immer laufen Bestellungen ein.

An die Kartelle ist ferner die Anregung ergangen, besondere Beschwerdestellen für Arbeiterinnen zu errichten, um diesen Gelegenheit zu geben, Beschwerden über Mißstände und Ungerechtigkeiten im Arbeitsverhältnis weiblichen Personen vorzutragen zu können, die dann, wenn die Beschwerden begründet sind, diese den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten übermitteln, ohne die Namen der Beschwerdeführerinnen bekanntzugeben. Auch diese Einrichtung, die in erster Linie die Durchführung des gesetzlich gewährleisteten Arbeiterschutzes bezweckt, daneben aber sicher agitatorische Bedeutung haben wird, ist, wie auch die Propaganda zur Er-

ringung des Wahlrechts zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, im Einverständnis und unter Anteilnahme der Parteiorganisation geschaffen. Das in den Beschwerdestellen gewonnene Material wird vom Sekretariat in geeigneter Weise zur Agitation verarbeitet werden. Es geschieht dies im übrigen auch mit dem vom Sekretariat gesammelten allgemeinen Agitationsmaterial.

Wie in den Vorjahren, so sind auch in diesem Jahre für eine Reihe von Versammlungen Referenten vermittelt worden, darunter eine Referentin für eine Tour nach Süddeutschland, zu der auf Antrag mehrerer Kartelle die G.-K. die Kosten übernommen hatte. Es wird versucht werden, den so häufig gestellten Anforderungen auf Entsendung von weiblichen Referenten nach außerhalb zu Einzelsammlungen mehr als bisher Rechnung zu tragen.

Zur Erledigung der laufenden Geschäfte wurden im verflossenen Geschäftsjahr 2569 Postfächer, darunter 584 Briefe, 61 Karten, 6 Postanweisungen, 2 Pakete und 1916 Druckfächer versandt. An Eingängen sind zu verzeichnen: 255 Briefe, 127 Karten, 1 Telegramm, 4 Pakete und 9 Druckfächer. Ein Beweis, daß das Sekretariat von Jahr zu Jahr mehr in Anspruch genommen wird und sein Tätigkeitsgebiet sich ständig erweitert.

Dasselbe kann auch erfreulicherweise von den in Berlin unter Mitwirkung des Arbeiterinnencomités veranstalteten Lebningsabenden für gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen gesagt werden. Die Zahl der Teilnehmerinnen ist im Laufe der letzten Jahre auch dort gestiegen.

Es wird Aufgabe des Sekretariats sein, in der jetzt einsetzenden besseren Konjunktur alle die Allgemeinheit berührenden Fragen in zweckentsprechender Weise agitatorisch zu bearbeiten, um so mit beizutragen an der Ausbreitung des Organisationsgedankens auch unter den Arbeiterinnen. Bis jetzt ist die Zahl der organisierten Arbeiterinnen im Verhältnis zu der der Beschäftigten leider noch sehr klein. Daß aber die Arbeiterinnen, wenn auch schwer, dennoch für die Organisation zu gewinnen sind, beweist uns die auch während der Krise ständig gestiegene Zahl der weiblichen Organisierten.

Gertrud Hanna.

Jahresbericht des Central-Arbeitersekretariats für das Jahr 1909.

Dem Centralarbeitersekretariat wurden im Jahre 1909 2170 Streitsachen zur Vertretung und Bearbeitung überwiesen. Von diesen Streitsachen, die Unfall-, Invaliden- und Knappschaftsrenten betrafen, wurden eingesandt 1573 von den Arbeitersekretariaten, 81 von den Gewerkschaftskartellen und

Berufs- genossenschaften	Dem Refers der Berufs- genossenschaft wurde			Dem Refers d. Berlegten begw. Hinter- bliebenen wurde			Zurückgenom- men oder Berleitung abgelehnt	Insgesamt
	statgegeben	teilweise statgegeben	nicht statgegeben zurückgenom- men oder Berleitung	statgegeben	teilweise statgegeben	nicht statgegeben		
Bekleidungsindustrie	1	—	—	1	—	4	—	6
Dts. Binnenschiffahrt	2	—	1	3	—	2	—	12
Westf. Binnenschiff.	1	—	1	—	—	1	—	4
Brauerei u. Mälzerei	8	3	8	2	6	2	25	60
Deutsche Buchdrucker	1	—	3	—	2	—	6	17
Chemische Industrie	1	—	3	—	5	1	11	27
Knappschicht	9	4	—	—	46	19	114	56
Süddeutsche Edel- u. Uebelmetall	1	—	1	—	1	—	—	3
Südwestd. Eisen und Stahl	1	1	1	—	1	—	5	13
Nordöstl. Eis. u. Stahl	1	—	1	—	1	—	3	1
Nordm. Eisen u. Stahl	11	2	15	—	14	3	26	11
Sächs. Thür. Eisen u. Stahl	1	1	4	—	7	—	12	11
Schles. Eisen u. Stahl	—	1	—	—	1	—	5	4
Südd. Eisen u. Stahl	8	—	15	—	2	—	27	12
Eisbahnschiffahrt	1	—	—	—	2	—	4	1
Feinmechanik	5	1	2	—	4	2	4	6
Fleischeri	—	—	1	—	2	—	2	3
Fuhrwerks	4	2	2	—	7	—	4	7
Glas u. Wasserwerke	—	—	—	—	—	—	1	1
Glas	1	—	3	—	1	—	10	2
Norddeutsche Holz	13	2	20	3	9	5	42	19
Rh.-Westf. Hütten- u. Walzwerke	3	1	5	—	4	3	19	3
Lagerei	5	—	9	—	7	—	26	11
Lederindustrie	—	—	—	—	2	—	—	2
Leinen	—	—	1	—	—	—	1	—
Nordd. Metall	1	—	—	—	1	—	2	—
Röllerei, Brennerei u. Stärkeindustrie	—	—	—	—	—	1	—	1
Mälzerei	1	—	1	—	2	1	6	4
Musikinstr. Industrie	—	—	—	—	1	—	1	2
Nahrungsmittelind.	1	—	—	2	1	—	6	3
Papiermacher	—	—	2	—	5	1	4	13
Papierverarbeitung	3	—	1	—	1	—	4	1
Privatbahn	—	—	—	—	1	—	—	1
See	1	—	—	1	—	—	2	2
Seiden	1	—	—	—	1	—	—	1
Steinbruch	2	—	3	—	3	1	15	9
Straßen- u. Kleinbahn	2	—	1	—	2	1	3	1
Tabak	—	—	—	—	1	—	1	2
Norddeutsche Textil	3	—	—	—	2	—	1	4
Schleifische Textil	—	—	1	—	—	—	—	1
Süddeutsche Textil	2	—	—	—	—	—	—	2
Tiefbau	5	2	15	—	2	1	18	6
Töpferei	1	—	1	—	1	—	7	9
Ziegelei	2	1	4	—	5	2	8	4
Zucker	—	—	3	1	3	1	3	4
Kommunalverband Verwaltung	—	—	—	—	1	—	2	1
Militärstützpunkt	—	—	—	—	4	—	2	2
Eisenbahnstützpunkt	—	—	1	—	—	—	3	4
Hamburg. Bauergewert	2	—	1	—	1	—	5	11
Hessen. Nass. Bauergew.	—	1	2	—	2	—	8	2
Magdeb. Bauergewert	4	—	3	—	3	2	—	2
Sächs. Bauergewert	1	—	3	—	3	1	8	4
Schlesisch-Polenische Bauergewert	—	—	1	—	3	—	6	3
Südwestl. Bauergewert	1	—	2	1	1	—	4	9
Rh.-Westf. Bauergewert	2	1	6	—	8	2	12	6
Thüring. Bauergewert	4	—	1	—	3	—	3	2
Hannov. Bauergewert	4	—	5	—	7	—	13	5
Nordöstl. Bauergewert	4	2	1	—	8	2	17	9
Rhein-Westf. Textil	—	—	1	—	2	1	2	1
Südwestdeutsche Holz Maschinenbau- und Klemeisenindustrie	7	—	12	—	1	1	3	2
Schmiede	1	—	8	—	4	—	6	1
Landwirtschaft	5	1	6	—	15	4	24	2
Summa	138	26	192	10	242	58	577	8
								282
								1533

Die Revisionen der Landesversicherungsanstalten wurden in 11 Fällen zurückgewiesen, d. h. es blieb bei der Rente, die das Schiedsgericht bereits zuerkannt hatte, von der Landesversicherungsanstalt aber abgelehnt war. In 16 Fällen hatten die Landesversicherungsanstalten den Erfolg, daß die Sache an das Schiedsgericht zurückverwiesen wurde, in 6 Fällen wurde die Rente wieder aufgehoben und in einem Fall die Rente gekürzt. 31 Revisionen konnten, weil ein Revisionsgrund nach dem geltenden Recht nicht erhoben werden konnte, nicht vertreten werden.

Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde.

Im Jahre 1909 erfolgten die Neuwahlen der Weisiger zur unteren Verwaltungsbehörde. Die Wahlen sind für die Arbeiterversicherung von erheblicher Bedeutung, da je nach dem Ausfall der Wahl sich die weitere Arbeitervertretung in der Landesversicherungsanstalt, dem Schiedsgericht, Reichsversicherungsamt und die Vertretung der Arbeiter bei Beauftragung der Unfallverhütungsvorschriften gestalten. Für die Wahlen kommt eine öffentliche Propaganda nicht in Betracht, da die Wahl der Vertreter von den Vorständen der Krankenkassen und den Gemeindebehörden vollzogen werden. Zur Anleitung für die Wahl wurde vom Central-Arbeitersekretariat eine Broschüre verfaßt, die über die Aufgaben der Arbeitervertretung in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung eine kürzere Darstellung gab und auch den Wahlmodus erklärte. Die Broschüre ist an alle Gewerkschaftskartelle in mehreren Exemplaren verteilt und in einem Anschreiben auf die Bedeutung der Wahl hingewiesen. Wir müssen indes leider konstatieren, daß nicht in allen Bezirken mit Eifer die Vorbereitungen zur Wahl betrieben wurden und deshalb auch der Erfolg ausblieb. Die Gewerkschaftskartelle bemühten sich vielfach leider viel zu wenig um die Krankenkassen und ihre Verwaltung, es wäre sonst in manchen Bezirken ein größerer Einfluß der organisierten Arbeiter möglich als es bisher in die Erscheinung trat. Die Rechte, die den Arbeitern durch die Arbeiterversicherung an der Verwaltung eingeräumt sind, müssen vollkommen ausgenützt werden. Selbst da, wo der Einfluß der Arbeiter nur gering sein kann, darf eine Verzichtleistung weder aus Lässigkeit noch aus Geringschätzung eintreten.

Jahresbericht der Unterstützungsvereinigung für das Jahr 1909.

Der Unterstützungsvereinigung sind im Jahre 1909 neu hinzugetreten 326 Mitglieder. Von den eintretenden Mitgliedern waren ihrer Berufsstellung nach 223 Gewerkschaftsangehörige, 23 Expedienten, 22 Redakteure, 14 Arbeitersekretäre, 13 Parteiangehörige, 10 Krankenkassenangehörige, 10 Buchhandlungsangehörige, 6 Berichterstatter, 3 Geschäftsführer und 2 freie Schriftsteller. Ausgeschiedenen wegen restierender Beiträge wurden 6 Mitglieder; wegen Berufswechsel schieden 40 aus, 2 Mitglieder mußten aus der Vereinigung gestrichen werden wegen Austritt aus der Partei und Wechsel des Domizils nach dem Auslande. Von den Ausgeschiedenen waren 32 Gewerkschaftsangehörige, 9 Redakteure, 2 Arbeitersekretäre, 1 Schriftsteller, 1 Expedient, 2 Geschäftsführer und 1 Kassenangehöriger.

Durch den Tod verlor die Vereinigung 19 Mitglieder, und zwar die Gewerkschaftsangehörigen Krüger, Wolf, Scharnowski, Eßtinger, Gsell, Obier, Stanning, Reinhardt, Schleich und Schwarz; die

sicherten hatten den Erfolg, daß sie an das Schiedsgericht zurückverwiesen wurden und in 6 Fällen wurde den Versicherten die Rente zugesprochen.

ihrem Wohnort kein Arbeitersekretariat besteht, keine Gelegenheit haben, sich dort Auskunft einzuholen. Ueber den Umfang der Bureauarbeiten gibt die vorstehende Tabelle der Postein- und -ausgänge einen Ueberblick, sowie die nachfolgende Tabelle über die Zahl der Schriftsätze.

Zahl der Schriftsätze.

Monat	Anträge an das Reichsversicherungsamt	Anträge an die Schiedsgerichte	Anträge auf Abrechnung	Zahl der Schriftsätze
Januar	64	3	10	21
Februar	67	2	13	31
März	101	2	2	24
April	88	4	8	49
Mai	67	7	15	19
Juni	77	4	12	46
Juli	74	4	10	41
August	52	5	13	31
September	57	4	13	42
Oktober	49	4	7	33
November	53	5	15	38
Dezember	67	3	6	50
Summa	816	47	124	425

Die Zahl der Termine ergibt die nachfolgende Zusammenstellung; dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Termine mit den erledigten Sachen nicht übereinstimmt, da in einigen Streitsachen mehrere Termine stattfanden und auch in einigen nicht erledigten Sachen bereits mündliche Verhandlungen angesetzt waren, die zu Beweishebungen, Einfordern von Gutachten usw. führten; ferner sind auch in einigen Fällen Termine für Beweishebungen wahrgenommen. Die Zahl der angelegten Termine war an 31 Tagen so erheblich, daß zwei Angestellte des Sekretariats die Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt wahrnehmen mußten.

Zahl der Termine

Monat	Zahl der Termine	
	der Tage	der Termine
Januar	22	224
Februar	23	156
März	27	257
April	21	216
Mai	23	191
Juni	23	218
Juli	20	91
August	16	40
September	24	165
Oktober	25	186
November	23	174
Dezember	23	209
Summa	270	2127
Vorjahr	271	1787

Unfallstreitsachen.

Von den 1701 Streitsachen, die im Jahre 1909 erledigt wurden, betrafen 1522 Unfallrentenanträge. Nach der Art des Rechtsstreits ergibt sich folgende Gliederung.

Die Bewertung der Entscheidung zugunsten oder ungunsten des versicherten Arbeiters erfolgt in der Weise, daß auch alle Teilerfolge zugunsten des Verletzten rubriziert werden. Es kommen somit zu den 510 für den Verletzten ganz oder teilweise mit Erfolg beendeten Streitsachen noch die 10 Ver-

Gegenstand des Streits	Zahl der Fälle	Entscheidung für den Verletzten		Vertretung abgelehnt	Refurs zurückgenommen		Vergleich
		zugunsten	ungunsten		Verurteilung	Verurteilung	
Anerkennung des Vertriebsunfalls	112	45	55	8	1	3	—
Höhe der ersten Rente	259	101	113	31	1	12	1
Herabsetzung der Rente	892	298	402	156	3	24	9
Strittig, ob Krankheit							
Unfallfolge	81	12	55	14	—	—	—
Verschlimmerung des Unfalls							
Unfallleidens	48	12	26	6	—	4	—
Witwenrente	7	6	1	—	—	—	—
Hinterbliebenenrente	86	24	47	14	—	1	—
Azendentenrente	11	2	6	2	1	—	—
Höhe des Jahresarbeitsverdienstes	8	5	1	1	—	1	—
Unzulässiger Bescheid	16	5	7	4	—	—	—
Unzulässiger Refurs	2	—	1	—	—	1	—
Summa	1522	510	714	236	6	46	10

gleiche und die 6 Refurse, die die Berufsgenossenschaft zurückgenommen hat, so daß die Zahl der günstigen Entscheidungen sich auf 526 erhöht. In 115 Fällen wurde den Verletzten eine Zurückerstattung der entstandenen Kosten im Gesamtbetrage von 1666 Mk. gewährt. In einer erheblichen Zahl der Fälle mußte wieder die Vertretung abgelehnt werden, da der Anspruch nach der gegenwärtigen Rechtslage vollkommen aussichtslos erschien, in 46 Fällen ist im Laufe des Verfahrens auf unseren Rat vom Verletzten der Refurs selbst zurückgenommen.

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Zusammenstellung der Streitfälle nach den Berufsgenossenschaften geordnet. Die Zahl der Streitsachen ist in dieser Tabelle höher als die erledigten, da in 11 Fällen von beiden Parteien das Rechtsmittel eingelegt wurde und die Refurse beider Parteien in der Tabelle verzeichnet sind.

Invalidenrentenstreitsachen.

Durch die Novelle zum preussischen Veragegesetz für Streitigkeiten über Ansprüche aus den Knappschaftskassen in Berlin eine Revisionsinstanz eingesetzt, das Oberschiedsgericht in Knappschaftsangelegenheiten. Damit gelangen nunmehr die Knappschaftsachen, soweit die Urteile der Schiedsgerichte der Knappschaftsvereine revisionsfähig sind und von der Revision Gebrauch gemacht wird, zur Prüfung vor das Oberschiedsgericht. Die persönliche Wahrnehmung der Interessen der Bergarbeiter ist uns hier ungehindert möglich gewesen.

Durch Urteil wurden 20 der an uns eingekommenen Sachen vom Oberschiedsgericht erledigt. Zwei Vertretungen mußten wegen gänzlicher Aussichtslosigkeit der Ansprüche abgelehnt werden. In zwei Fällen wurde dem Versicherten die Rente zuerkannt, in einem Fall die Sache zur erneuten Prüfung an das Schiedsgericht zurückverwiesen, zwei Rentenansprüche erkannte der Knappschaftsverein nachträglich an und 13 Revisionen verliefen für die Versicherten ungünstig.

Von den 159 Invalidenrentenstreitsachen, die in der Revisionsinstanz vor dem Reichsversicherungsamt zur Entscheidung kamen, wurden 68 Revisionen der Versicherten abgewiesen, 20 Revisionen der Ver-

Redakteure Goldstein, Franzen und Fischer; die Expedienten Hauck und Henrich; die Parteiangestellten Schäfer und Kiefer; die Arbeitersekretäre Rehbein und Thomsen.

Der Mitgliederbestand der Vereinigung ist nunmehr auf 2474 gestiegen gegen 2215 im Vorjahre, mithin eine Zunahme von 259.

Auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt sich die Mitgliederzahl wie folgt:

	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909
Arbeitersekretäre	31	38	48	74	86	105	111	121
Parteiangeestellte	1	3	10	17	39	58	75	86
Berichterstatter	19	23	26	28	31	40	47	53
Politische Redakteure	114	123	141	158	185	205	225	235
Buchhandlungsangestellte und Kontoristen	14	17	20	24	41	57	71	81
Expedienten	57	71	94	108	146	185	204	224
Geschäftsführer	30	39	45	49	61	77	101	102
Gewerkschaftsangestellte	111	268	363	549	747	1039	1267	1448
Krankenkassenangestellte	27	49	53	57	64	74	82	91
Schriftsteller	29	28	29	31	33	31	32	33
Summa	493	659	829	1095	1432	1871	2215	2474

An Unterstützungen kamen im Jahre 1909 hinzu: 7200 Mk. Jahresrente für 14 Witwen, 2350 Mk. Kinderrente für 34 Kinder, 1800 Mk. Invalidentrente für zwei invalide Mitglieder und 350 Mk. Waisenrente für 4 Waisen.

Für die Hinterbliebenen dreier Mitglieder konnte eine Unterstützung nicht gewährt werden, da die Verstorbenen erst kurze Zeit der Vereinigung angehörten, ein Mitglied hinterließ keine Angehörigen und für ein Mitglied war nur ein Kind zu unterstützen.

Von den älteren Verpflichtungen wurde eine durch eine Jahresrente von 300 Mk. bei der Wiederverheiratung der Witwe abgelöst.

Ueber die Belastung der Kasse durch die laufenden Unterstützungen gibt folgende Tabelle Aufschluß.

Witwenunterstützung erhält seit dem Jahre:

Frau	im Jahresbetrage von Mark						
	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909
Benzel	700	gest.	—	—	—	—	—
Kaufmann	800	800	800	800	800	800	800
Haas	—	800	700	700	gest.	—	—
Duden	900	900	900	900	900	900	900
Gladewitz	900	900	900	900	900	900	900
Jacobs	—	600	600	600	600	600	600
Schmidt	—	800	800	800	800	800	700
Begener	—	800	800	800	700	700	600
Dehne	—	—	600	600	600	600	600
Gerhold	—	—	900	900	900	900	900
Stolzenburg	—	—	600	600	600	600	600
Lange	—	—	800	800	800	800	700
Zipp	—	—	700	700	700	700	700
Gutisch	—	—	—	300	300	300	300
Leidig	—	—	—	300	300	verb.	—
Weißer	—	—	—	300	300	verb.	—
Hoch	—	—	—	800	700	700	600
Martini	—	—	—	800	800	800	800
Bitter	—	—	—	700	gest.	—	—
Dreesbach	—	—	—	900	900	900	900
Fahrenwald	—	—	—	600	600	600	600
Auer	—	—	—	—	700	700	700
Bauer	—	—	—	—	600	600	600
Bohne	—	—	—	—	600	600	600
Groth	—	—	—	—	900	900	900
Thöne	—	—	—	—	300	300	300
Uebertrag	3300	5600	9100	13800	15300	14700	14300

Frau	im Jahresbetrage von Mark						
	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909
Uebertrag	3300	5600	9100	13800	15300	14700	14300
Winter	—	—	—	—	600	600	600
Treue	—	—	—	—	—	700	700
Krapff	—	—	—	—	—	300	300
Eichler	—	—	—	—	—	800	800
Holz	—	—	—	—	—	700	verb.
Brand	—	—	—	—	—	700	600
Heyne	—	—	—	—	—	600	600
Stein	—	—	—	—	—	700	700
Wolff	—	—	—	—	—	600	450
Käther	—	—	—	—	—	800	800
Klinger	—	—	—	—	—	600	600
Sanktjohanser	—	—	—	—	—	600	600
Rehbein	—	—	—	—	—	—	900
Franzen	—	—	—	—	—	—	800
Schäfer	—	—	—	—	—	—	450
Hauck	—	—	—	—	—	—	800
Fischer	—	—	—	—	—	—	800
Staningf	—	—	—	—	—	—	600
Schwarz	—	—	—	—	—	—	900
Deinhardt	—	—	—	—	—	—	800
Obier	—	—	—	—	—	—	900
Gfell	—	—	—	—	—	—	350
Efftinger	—	—	—	—	—	—	800
Scharnowski	—	—	—	—	—	—	600
Wolf	—	—	—	—	—	—	450
Kiefer	—	—	—	—	—	—	400
Summa	3300	5600	9100	13800	15900	22400	30600

Es sind hier Witwen- und Kinderrente zusammengezogen, da die Witwe die Empfängerin des Rentenbetrages ist. Geteilt nach Witwen- und Kinderrente gewährt die Vereinigung am Jahres- schluß an 46 Witwen 25 200 Mk. Jahresrente und an 70 Kinder 5400 Mk. Kinderrente, an 5 Kinder 550 Mk. Waisenrente und an 5 Invaliden 4500 Mk. Invalidentrente.

Mit der tatsächlichen Ausgabe für 1909 kann die Aufstellung nicht übereinstimmen, da die Renten teilweise nicht vom Beginn des Jahres liefen. Die buchmäßige Ausgabe für Witwen- und Kinderrente betrug 27 135,65 Mk., für Waisenrente 375 Mk. und für Invalidentrente 3000 Mk.

Die Zahl der Invalidentrentenempfänger erhöhte sich in diesem Jahre von drei auf fünf. Die Verpflichtungen der Vereinigung sind in den Jahren wie folgt gestiegen: Es wurden gezahlt an Witwen- und Kinderrente 1903: 716,55 Mk., 1904: 3109,30 Mk., 1905: 8095,55 Mk., 1906: 11 219,90 Mk., 1907: 15 575,70 Mk., 1908: 19 530,64 Mk., 1909: 27 135,65 Mk.; an Sterbegeld 1903: 600 Mk., 1904: 1200 Mk., 1905: 1200 Mk., 1906: 1800 Mk., 1907: 1800 Mk., 1908: 2200 Mk., 1909: 3400 Mk.; an Waisenrente 1907: 165,65 Mk., 1908: 200 Mk., 1909: 375 Mk.; Invalidentrente 1907: 1275 Mk., 1908: 2700 Mk., 1909: 3000 Mk.

Für das kommende Geschäftsjahr muß die Kasse mit einer gegenwärtig schon bestehenden Belastung für Witwen- und Kinderrente in Höhe von 30 600 Mk., Waisenrente von 550 Mk. und Invalidentrente von 4500 Mk., in Summa 35 650 Mk. rechnen. Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte die Belastung für diese Posten sich im Laufe des Jahres durch veränderte und neue Ansprüche auf rund 54 000 Mk. erhöhen.

Das Vermögen der Vereinigung ist auf 615 549,24 Mk. angewachsen, dem Bankguthaben

konnten im Jahre 1909 134 461,22 Mk. zugefügt werden, gegen 122 671,48 Mk. im Vorjahre.

Weitere Einzelheiten der Abrechnung finden die Mitglieder in der Jahresabrechnung, die wir dem Bericht anschließen.

Die Korrespondenz umfaßt 1912 Eingänge, darunter 969 Briefe, 327 Karten und 614 Postanweisungen. An Ausgängen sind zu verzeichnen: 2154, darunter 1525 Briefe, 73 Karten, 253 Postanweisungen, 303 Drucksachen.

Die Erledigung der Geschäfte fand durch die Mitwirkung der Vertrauensleute eine eifrige Unterstützung und sprechen wir hiermit den Kollegen für ihre Bemühungen den Dank aus.

Kassenbericht für das Geschäftsjahr 1909.

Einnahme.

Kassenbestand vom 4. Quartal 1908	687,51 Mk.
Mitglieder-Beiträge:	
1. Quartal	41 844,— Mk.
2. "	35 820,— "
3. "	40 728,— "
4. "	38 628,— "
Zinsen:	
1. Quartal	3 868,75 Mk.
2. "	5 121,45 "
3. "	4 454,70 "
4. "	5 719,45 "
Summa	176 871,86 Mk.

Ausgabe.

Zurückgezahlte Beiträge	3 554,20 Mk.
Sterbegeld	3 400,— "
Witwenunterstützung	27 135,65 "
Waisenunterstützung	375,— "
Invalidenunterstützung	3 000,— "
Abfindungsrente an eine Witwe	300,— "
Drucksachen	95,80 "
Porto	382,— "
Kassierer	800,— "
Auf der Bank	134 461,22 "
Kassenbestand	3 367,99 "
Summa	176 871,86 Mk.

Vermögensnachweis.

28 000 Mk. 3proz. Reichsanleihe, Ankaufswert	25 651,05 Mk.
13 000 " 3½proz. Reichsanleihe, Ankaufswert	13 304,05 "
30 000 " 4proz. Reichsanleihe, Ankaufswert	30 653,30 "
25 000 " 4proz. Staatsanleihe, Ankaufswert	25 502,80 "
50 000 " 4proz. Schatzanweisung, Ankaufswert	49 832,30 "
150 000 " 3½proz. Kommunal-Anleihe, Ankaufswert	151 312,20 "
178 000 " 4proz. Kommunal-Anleihe, Ankaufswert	181 840,25 "
75 000 " 4proz. Pfandbriefe, Ankaufswert	75 892,90 "
10 000 " 3½proz. Bayerische Eisenbahnleihe in Rechnung gestellt	10 000,— "
Bankguthaben	48 192,40 "
Kassenbestand	3 367,99 "
Summa	615 549,24 Mk.

Der Vorstand.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Monat der Generalversammlungen. — Die Arbeitsverhältnisse in Aktienbetrieben. — Vom Arbeitsmarkt im Berggewerbe.

Der Monat März ist bekannt wegen der zahlreichen Generalversammlungen von großen und größten Aktiengesellschaften. Vor allem sind es unsere Großbanken, deren Generalversammlungen in den März fallen. Aber auch die größeren Industriebetriebe in Form von Aktiengesellschaften, die ihr Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr schließen, halten im März Generalversammlung ab. Wenn man nun freilich glaubt, die Aktionäre würden die Generalversammlungen eifrig frequentieren und hier ihren Einfluß auf die Verwaltung der Gesellschaften zur Geltung bringen, so täuscht man sich. Das Gros der Aktionäre hat ein äußerst geringes Interesse an dem inneren Getriebe der Gesellschaft, der sie ihr Geld anvertrauen. Ist doch die Zahl der Aktionäre, die ihr Kapital einer und derselben Gesellschaft dauernd überlassen, gering. Das Kapital, das in Industrieaktien angelegt ist, bekundet eine solche Wanderlust, daß es heute diese, morgen jene Dividendenwerte bevorzugt. Der Kapitalist, der heute die Aktien einer Bergwerksgesellschaft besitzt, verkauft diese schon morgen, wenn er daran einen Kursgewinn machen kann und kauft dafür Aktien eines anderen Papiers, von dem er hofft, daß er in kurzer Zeit dieses Papier wieder mit Kursgewinn loszuschlagen kann. Bei dem Aktionär, wie er heute als Regel gelten kann, ist daher ein äußerst minimales Interesse an dem dauernden wirtschaftlichen Ergehen des Unternehmens vorhanden, von dem er gerade zu der Zeit, zu der die Generalversammlung stattfindet, pro rata seines Aktienbesitzes Eigentümer ist. Die Aktie verflüchtigt den Eigentumsbegriff. Es kommt ferner hinzu, daß es für die Aktionäre schon aus räumlichen und zeitlichen Gründen unmöglich ist, immer den Generalversammlungen beizuwohnen. Und so spielen sich die meisten Generalversammlungen in der Weise ab, daß die Verwaltung, Direktion und Aufsichtsrat, unter sich ist und selten ein Widerspruch gegen die Vorschläge der Verwaltung sich geltend macht. Die ganze Generalversammlung ist in den weitaus meisten Fällen eine bloße Formsache. Wenn neuerdings durch Arbeiterorganisationen der Versuch gemacht wird, in den Generalversammlungen großer industrieller Gesellschaften durch vorübergehenden oder auch dauernden Erwerb von Aktien einen Vertreter zu entsenden, so ist dies im wirtschaftlichen Interesse der Betriebe nur zu begrüßen. Denn das einseitige finanzielle Interesse wiegt heutzutage in den großen Industriebetrieben so stark vor, daß darüber die allgemeine wirtschaftliche Seite sehr stark vernachlässigt wird. Freilich müssen diese Arbeitervertreter ihre Kritik immer vom Standpunkt des Aktionärs aus vorzutragen verstehen.

Daß aber gerade die Arbeitsverhältnisse auf die wirtschaftliche und finanzielle Gestaltung eines Unternehmens von großem Einflusse sind, dafür möchten wir hier ein interessantes Beispiel anführen, das in einem Aktienbetriebe des Zementgewerbes vorgekommen ist. Die Breitenburger Portland-Zementfabrik in Lägerdorf und Hamburg beklagt in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1909 eine bedauerliche Störung des Betriebes durch einen Streik ihrer Arbeiterschaft. Es heißt darüber:

„Manche Begleiterscheinungen des Streiks ließen zudem nicht daran zweifeln, daß die Absicht verfolgt wurde, unberufenen Stellen einen entscheidenden und dauernden Einfluß in Angelegenheiten unserer Gesellschaft zu erzwingen. Bei solcher Sachlage war eine Nachgiebigkeit naturgemäß von vornherein ausgeschlossen, und wir hatten denn auch die Genugtuung, daß nach sieben Wochen unsere Leute die Arbeit zu unveränderten Bedingungen wieder aufnahmen.“ Trotzdem waren Ausfälle in der Produktion unvermeidlich und eine Beeinträchtigung der finanziellen Resultate unausbleiblich. Um sich für die Folge von den Arbeitern unabhängiger zu machen, will die Verwaltung der Gesellschaft die maschinellen Einrichtungen nach dem Stande der neuesten Technik vervollkommen. Diese Ausführungen der Verwaltung fanden in der Generalversammlung der Aktionäre ohne weiteres Zustimmung. Wäre ein einziger Aktionär den hier gemachten Ausführungen auf Grund eingehender Sachkenntnis gegenübergetreten und hätte unter Umständen nachweisen können, daß eine Bewilligung der Forderungen der Arbeiter nicht nur keinen Schaden, sondern unter Umständen der Gesellschaft sogar Vorteil gebracht hätte, so wäre dadurch zweifellos dem Unternehmen als solchem ein Dienst erwiesen worden. Vielleicht konnte die Verwaltung die Forderungen nicht bewilligen, weil die maschinellen Einrichtungen schon längere Zeit rückständig sind. Wir können im vorliegenden Fall nicht entscheiden, wie die Verhältnisse lagen und liegen, aber das ist sicher, daß es im Interesse unserer Industrie liegt, wenn man sich in den Generalversammlungen mehr um die wirtschaftliche Seite des Betriebes kümmern wollte, und wenn nicht ausschließlich nur die Dividendenfrage die erste Rolle spielte.

In der letzten „Wirtschaftlichen Rundschau“ wurde auf die eigenartige Gestaltung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe während des Monats Januar hingewiesen. Damals waren die Ausweise für den Monat Februar noch nicht bekannt. Diese sind nun inzwischen veröffentlicht worden und ergeben ein vom Januar total abweichendes Bild. Hatte der Januar den Besserungsprozeß, der seit Ende 1909 zu beobachten war, scharf unterbrochen, so setzte er sich im Februar mit um so stärkerer Intensität wieder fort. Der Andrang im Baugewerbe betrug nämlich nach den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise:

	Dezember	Januar	Februar
1908, 09	330,74	441,37	643,56
1909, 10	273,79	499,49	342,27

Wenn auch der Andrang noch immer höher ist als im Dezember, was auf die eigenartige Gestaltung im Januar zurückzuführen ist, so ist doch die Erleichterung im Februar dieses Jahres offensichtlich. Es sind vor allem die offenen Stellen gegenüber Januar ganz beträchtlich gewachsen. Daß aus der Lage des Arbeitsmarktes nicht ohne weiteres auf die Konjunktur geschlossen werden kann, das ist selbstverständlich. Das hat aber das in der letzten „Rundschau“ zitierte Fachblatt der Arbeitgeber ohne weiteres getan, und zwar auf einer völlig unzutreffenden Grundlage, indem es die Zahl der offenen Stellen im Januar zunehmen ließ, während in Wirklichkeit eine Abnahme stattgefunden hatte. Dieser irreführenden Behauptung galt es alsbald entgegenzutreten und die Lage des Arbeitsmarktes

nach den richtigen Ziffern zu charakterisieren. Daß damit kein Urteil über die augenblickliche und fernere Gestaltung der Baukonjunktur ausgesprochen werden sollte, ging daraus hervor, daß unsere Folgerungen, die wir aus der Nichtigstellung zogen, sich ganz unzweideutig nur auf die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Januar bezogen.

Berlin, am 27. März 1910.

Rich. Calmer.

Gewerbegerichtliches.

Gewerbegerichtsbeisitzerwahl in Dresden.

In den am 9. März vorgenommenen Neuwahlen der Beisitzer für das Gewerbegericht der Stadt Dresden auf die Zeit vom 1. April 1910 bis 31. März 1915 beteiligten sich von 16 666 zur Wählerliste angemeldeten Arbeitern 6838 (41,02 Proz.), die für die Liste des Gewerkschaftsartells stimmten. Bei der Wahl vor fünf Jahren sind 7500 Stimmen von 16 000 eingeschriebenen Wählern abgegeben worden. Die „nationalen“ Arbeiter haben sich an der Wahl wiederum nicht beteiligt. Infolge des Fehlens einer gegnerischen Liste war die Wahlbeteiligung eine schwache. Die im Jahre 1908 erfolgte Zusammenschließung der gegnerischen Gewerkschaften, der christlichen, Hirsch-Dunckerschen und wie sie sonst heißen mögen, in ein nationales Kartell, die deshalb erfolgt ist, um sich an Wahlen beteiligen zu können, hat auch nicht die gewünschte Belebung in jene Kreise gebracht. Seit dieser Gründung sind eine Reihe von Wahlen vollzogen worden, bei denen immer die Kandidaten des Gewerkschaftsartells gewählt wurden. Bei den Wahlen der Beisitzer zur unteren Verwaltungsbehörde haben die Nationalen einen schüchternen Versuch gemacht, ihre Kandidaten durchzubringen. Wie immer, wenn sich Gegner beteiligen, wissen diese nichts anderes, als auf die Sozialdemokraten zu schimpfen. Die Bedeutung der Wahlen für die Arbeiter können sie gar nicht behandeln, weil sie davon nichts verstehen. Wo soll das Verständnis bei diesen Sonderlingen auch herkommen. Und so verbreiteten sie bei diesen Wahlen ein Flugblatt, das weiter nichts enthielt als eine öde Schimpferei und ein Gruseliquachen vor der Sozialdemokratie. Dieses Flugblatt war so unsinnig gehalten, daß wir darauf gar nicht reagierten. Das Ergebnis der Wahlen war eine gründliche Blamage der Nationalen, die denn bei den Ausschussswahlen der Landesversicherungsanstalt, die von den Beisitzern der unteren Verwaltungsbehörde vorgenommen werden, noch vervollständigt wurde. Seit dieser Zeit haben sie die Beteiligung an Wahlen wieder sein gelassen. Man sollte es endlich an anderen Stellen einsehen, wo den Nationalen Rechte eingeräumt werden, ohne daß sie sich einer Wahl zu unterziehen brauchen, daß ihnen diese Rechte als Vertreter der Arbeiter gar nicht gebühren.

Bei den Unternehmern war die Wahlbeteiligung noch schwächer. Von 1052 zur Wählerliste angemeldeten haben sich 243 (23,09 Proz.) beteiligt. Hier war ebenfalls nur eine Liste aufgestellt, und zwar die des Vereins der Arbeitgeberbeisitzer des Gewerbegerichts.